

PRESSEINFORMATION

Finanzmarkttransaktionssteuer? Ohne uns!

Experten von PwC beim Wirtschaftsrat: „Steuer gefährdet die Realwirtschaft“

Die Finanzmarkttransaktionssteuer und ihre Auswirkungen auf den Standort Deutschland. Dazu hatte der Arbeitskreis „Banken und Börse“ des Wirtschaftsrates in Hessen zu einer Veranstaltung eingeladen. Als Referenten traten Dr. Hans-Ulrich Laueremann und Markus Hammer auf, beide von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG.

„Die Finanzmarkttransaktionssteuer (FTS) ist in der politischen Debatte noch sehr umstritten. Im Euro-Währungsgebiet sind derzeit elf Staaten für und zehn gegen ihre Einführung. Die Niederlande sind als einziges Land noch unentschlossen“, sagte Laueremann. Dennoch zeichne sich ab, dass es derzeit wohl eher um die Ausgestaltung und den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens gehe, als um die grundsätzliche Frage ihrer Einführung. „Viele Details sind noch ungeklärt. Zum Beispiel existiert noch keine überzeugende Lösung für die Erhebung der Steuer“, so der Finanzexperte.

Laueremann mahnte, dass die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der FTS enorm seien. Denn nicht nur die Finanzwirtschaft wäre betroffen: „Die Realwirtschaft wird durch diese Steuer gefährdet. Sie wird der Hauptleidtragende sein“, lautete seine Einschätzung. Problematisch sei vor allem der sogenannte Kaskadeneffekt. Da im Zuge der Steuer nicht nur der Erwerbsvorgang an sich besteuert werde, falle die Steuer beim Kauf einer Anleihe bis zu zehn Mal an. Das bedeutet: Die Kapitalkosten der Unternehmen steigen an und sie müssen eine höhere Rendite zahlen, um die Belastung durch die FTS zu kompensieren.

Markus Hammer zeichnete das Bild einer „Todesspirale“ für den Finanzstandort Frankfurt: Die Einführung der FTS ziehe eine Schließung von geschätzt einem Drittel der in Frankfurt gehaltenen Spezialfonds nach sich. Diese würden dann außerhalb des FTS-Raumes wieder neu aufgelegt. Infolgedessen breche der Gewinn der Investmentgesellschaften auf Null ein. Die Folge: Ein erheblicher Rückgang des Gewerbesteuer-Aufkommens der Stadt Frankfurt, die ihren Kreditaufwand erhöhen müsste.

Klar gegen eine Finanzmarkttransaktionssteuer spricht sich auch der Arbeitskreis Banken und Börse des Wirtschaftsrates Hessen aus. In einem entsprechenden Positionspapier heißt es, „eine einheitliche Mindestbesteuerung auf Bank- und Börsengeschäfte einzuführen, ist grundsätzlich abzulehnen.“ Die Steuer führe zweifellos zu Nachteilen für den Finanzplatz Frankfurt und gefährde somit auch Arbeitsplätze. Das Papier steht auf der Internetseite des Landesverbandes als PDF-Download zur Verfügung unter [http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/9B02147AA9DF206AC1257902003AC739/\\$file/2012-06-26%20stellungnahme%20finanztransaktionssteuer.pdf](http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/9B02147AA9DF206AC1257902003AC739/$file/2012-06-26%20stellungnahme%20finanztransaktionssteuer.pdf).

Frankfurt, 23. April 2013

Kontakt:
Wirtschaftsrat der CDU e.V. – Landesverband Hessen
Marius Schwabe, Landesgeschäftsführer, Tel. 069/72 73 13
Christian Ströder, Pressebeauftragter
E-mail: c.stroeder@wirtschaftsrat.de